

Internationale Freigeistige Rundschau 3/2013

Europa

Deutschland

I (4422) **Fürstenfeldbruck/Wuppertal**. Kirchen predigen gegen den Fremdenhass an, vermieten ihre Wohnungen aber lieber teuer an Einheimische. Dies monierte ausgerechnet die sonst sehr kirchenfreundliche Redaktion der *Zeit-Beilage Christ und Welt* und lieferte einige Beispiele.

Der Fürstenfeldbrucker Landrat Karmasin (CSU) suchte z.B. längere Zeit vergeblich Wohnungen für Flüchtlinge, die ihm zugewiesen worden waren. Dann fragte er bei seiner Kirche nach: Die fordere einen menschlichen Umgang mit Flüchtlingen, aber wolle für ihre freien Pfarrhäuser horrenden Mieten haben. „Wer in dieser Situation nicht Teil der Lösung ist, ist Teil des Problems“, stellte er verärgert fest. Bis heute bekommt der Landkreis von den Kirchen keine einzige Wohnung, obwohl Sozialministerin Haderthauer beide Kirchen schon vor Monaten um Wohnungen gebeten hatte.

Das Erzbistum München und Freising argumentiert, die Mieterlöse seien bereits fest eingeplant, damit woanders Mittel verteilt und Ansprüche bedient werden könnten. „Und Mitglieder der Kirchen gehören zu denen, die gegen die Ankunft von Flüchtlingen protestieren, vor allem, wenn sie davon überrascht werden.“

Generalvikar Peter Beer meinte, erst müssten Besitz und Vermögen in den nächsten drei Jahren überhaupt erfasst werden, ehe zu klären sei, wie viele Flüchtlinge das Erzbistum München und Freising aufnehmen könne. Gleichzeitig wurde aber bekannt, dass der Erzdiözese 5800 Wohn- und Gewerbeimmobilien gehören. Zudem ist sie Hauptgesellschafterin des Katholischen Siedlungswerks München, das Wohnungen und Eigenheime baut, managt, vermietet und verkauft. Ende 2012 verwaltete das Werk 3800 eigene Wohnungen. Inzwischen sind drei Häuser an Flüchtlinge vermietet. Die evangelische Kirche stellt inzwischen in ganz Bayern insgesamt 20 Wohnungen bereit.

Auch der evangelische Präses Rekowski räumte ein, dass das Verständnis der Christen schwindet, je näher diese Menschen kommen. Er habe als Pfarrer in Wuppertal versucht, Flüchtlinge mit Einheimischen zusammenzubringen: „Sie nahmen an Gottesdiensten und Veranstaltungen teil. Beim Gemeindefest haben Tamlen Essen verkauft. Flüchtlinge halfen beim Verteilen des Gemeindebriefs.“ Er berichtete auch, dass sich beileibe nicht alle Christen darüber freuten, sondern dass sie auch wegblieben und ihre Abneigung mehr oder weniger offen zeigten. (*Die Zeit – Christ und Welt*, 29.5.13 und 29.8.13)

Die gleiche Redaktion hatte bereits im März aufgedeckt, dass die CDU/CSU gezielt nur christliche Syrien-Flüchtlinge einreisen lassen will. Zu „schutzbedürftigen Flüchtlingen“ zählte Innenminister Friedrich (CSU) ausdrücklich nur Christen, auf denen in Syrien „ein besonderer Verfolgungsdruck lastet“. Friedrichs Geste rief nicht nur die Opposition auf den Plan, die erklärte: „Die Aufnahmebereitschaft darf sich nicht nach dem Gebetbuch richten.“ Auch sein christdemokratischer Glaubensbruder Polenz hatte ihm vorgeworfen, er sei „kalt und bürokratisch“. (*Die Zeit – Christ und Welt*, 28.3.13)

I (4423) **Würzburg**. Die rechtsextremen Aussagen und jüdenfeindlichen Witze dreier Seminaristen des Würzburger Priesterseminars haben keine strafrechtlichen Konsequenzen. Der leitende Oberstaatsanwalt Geuder sieht keinen

Ermittlungsbedarf. "Eine Strafbarkeit scheidet in allen in Betracht kommenden Fällen jedenfalls an dem Fehlen einer öffentlichen Kundgabe".

Die beschuldigten Studenten hatten „privat“ im Priesterseminar rechtsradikale Witze erzählt, den Hitlergruß gezeigt und rechtsradikale Musik gehört. Erst nachdem ihr Verhalten öffentlich bekannt geworden war, hatten die zuständigen Bischöfe reagiert. Aufgrund der auch im Kirchenvolk verbreiteten Empörung schlossen die beiden Kirchenführer Ende Juli zwei der drei beschuldigten Studenten aus dem Würzburger Priesterseminar aus. Allerdings blieb ihnen auch keine andere Wahl, denn die eingesetzte Untersuchungskommission kam zu dem Schluss: "Von Einsicht (bei den Tätern) haben wir nichts gespürt". Über den Verbleib des dritten Seminaristen sollte „zeitnah“ entschieden werden, doch hörte man seither nichts mehr. (*Main Post*, 17.8.13)

I (4424) **Bonn**. Die katholischen Bischöfe können es immer noch nicht lassen: Wie vor 50 Jahren riefen sie „die Deutschen“ zur Teilnahme an der Bundestagswahl auf, verbanden dies aber auch mit einer direkten Wahlempfehlung. In einer zwei Wochen vor der Wahl veröffentlichten Erklärung appellierten sie an die Politiker, sich für Ziele einzusetzen, „die aus christlicher Sicht unverzichtbar sind“. Die Politik müsse „Grundsätzen folgen, die auch in stürmischen Zeiten Orientierung geben“. In ihrem Aufruf zum 22. September kritisierten die Bischöfe zunehmende Versuche, „bewährte Formen der Beziehungen von Staat und Kirche“ infrage zu stellen. Sie wenden sich „gegen ein verkürztes Verständnis von Religionsfreiheit, das dem Glauben nur einen Raum in der Kirche zuweist“. (Pressemitteilung der Deutschen Bischofskonferenz, 7.9.13)

Anm. MIZ-Red.: Der letzte Hinweis beinhaltet eine völlig unzutreffende Unterstellung. Alle säkularen Verbände sind sich einig, dass sich die Kirche selbstverständlich wie alle anderen auch in der Öffentlichkeit betätigen und artikulieren können sollen. In Wirklichkeit wollen die Bischöfe aber nicht akzeptieren, dass sich der Staat nicht mehr ganz so stark christlich, sondern zunehmend weltanschaulich neutral verhält, wie er es laut Grundgesetz schon seit 1949 hätte tun müssen.

I (4425) **Berlin**. Die Katholiken und die über 70-Jährigen haben den C-Parteien ihren Zugewinn bei den Bundestagswahlen beschert. Beide Gruppen votierten zu je 52 Prozent für die Union. Die Protestanten wählten die Partei nur zu 41,5 Prozent, also genau anteilig zum Gesamtergebnis. Bei den „Sonstigen“ erhielt die CDU/CSU nur 30 Prozent. Da in dieser Gruppe aber etwa ein Sechstel auf religiöse Minderheiten entfällt, die die konservativen Parteien mindestens ebenso stark bevorzugen wie die Katholiken, haben die Konfessionslosen demzufolge die Union nur zu etwa 27 Prozent gewählt.

Genau umgekehrt war das Verhältnis bei der Linken. Sie erhielt im Westen insgesamt 5,3 %, bei den „Sonstigen“ aber neun und bei der Untergruppe der Konfessionslosen sogar etwa 10,5. Auch im Osten war der linke Anteil bei den nicht religiös Gebundenen überdurchschnittlich stark, allerdings nicht so ausgeprägt wie im Westen. (MIZ-Eigenmeldung auf der Basis von Angaben des Umfrageinstituts *dimap-infratest* vom 23.9.13)

I (4426) **Berlin**. Evangelikale Medien verbreiten genüsslich die Meldung vom Ehe-Aus der grünen Spitzenpolitikerin und bisherigen Vorsitzenden der EKD-Synode, Katrin Göring-Eckardt. Die 47-Jährige hatte sich nach 25 Ehejahren von Pfarrer Göring getrennt, der zuvor schon einmal verheiratet war. Beide haben den Berichten zufolge auch schon wieder neue Partner. Ein hochrangiger konservativer Theologe schrieb dazu: „Wurde das neue EKD-Papier [zu Ehe und Partnerschaft] etwa deshalb

verfasst, um den Lebenswandel in der Führungsetage abzusichern?“ Insider gehen davon aus, dass Göring-Eckardt vor allem wegen dieser Kritik nun endgültig auf ihren Vorsitz in der EKD-Synode verzichtet hat, den sie während des Wahlkampfs nur hatte ruhen lassen. (Informationsbrief 281 der Bekenntnisbewegung *Kein anderes Evangelium*, Oktober 2013)

I (4427) **Augsburg**. Der langjährige Geschäftsführer einer evangelischen Jugendhilfeeinrichtung wurde wegen jahrelang fortgesetzten Subventionsbetrugs zu einer Haftstrafe verurteilt. Er hatte die Einnahmen aus dem Erlös diverser Sozialwerkstätten zu niedrig angegeben und damit aus den Fördertöpfen des Freistaats Bayern und des Europäischen Sozialfonds 280.000 Euro zusätzliche Zuschüsse erschwindelt. Als der Betrug im Mai 2012 aufflog, musste der Täter zwar seinen Stuhl als Chef dieser diakonischen Einrichtung räumen, wurde aber bei einer anderen Tochtergesellschaft der Diakonie weiterbeschäftigt – was den örtlichen *Bund für Geistesfreiheit* zu der Frage veranlasste, ob etwa die evangelische Kirche insgeheim mit diesem Anzapfen neuer Geldquellen einverstanden war. Nach Gesprächen zwischen Verteidigung, Staatsanwaltschaft und Gericht gestand der 62-jährige Täter seine (ohnein schon nachgewiesene) Schuld, bekundete Reue und versprach im Ruhestand unentgeltlich für die Diakonie arbeiten zu wollen, obwohl er die Wiedergutmachung eigentlich gegenüber dem geschädigten Staat hätte leisten müssen. Daraufhin wurde er zu der ungewöhnlich milden „Strafe“ von nur 22 Monaten Gefängnis auf Bewährung verurteilt. Immerhin musste die Einrichtung die Zuschüsse zurückzahlen. (*Augsburger Allgemeine*, 4.10.13)

Frankreich

I (4428) **Paris**. Mit einer neuen „Charta der Laizität“ will das französische nationale Bildungsministerium die Trennung zwischen Staat und Kirche im Land weiter vorantreiben. Fortan soll eine entsprechende Charta, die jetzt vorgestellt wurde, in allen staatlichen Schulen der Republik öffentlich aushängen. Darin heißt es unter anderem: „Niemand kann sich auf seine religiöse Zugehörigkeit berufen, um eine Nichtbeachtung der Regeln der republikanischen, säkularen Schule zu begründen.“ Des weiteren wird die Pflicht des Staates betont, die Bürger vor „Druck und Bekehrungseifer“ zu schützen. Bereits seit einigen Jahren herrscht in allen öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen Frankreichs ein striktes Verbot von allen religiösen Zeichen. (*Die Presse*, Österreich, 10.9.13)

Großbritannien

I (4429) **Edinburgh**. Als Vorsitzender der Schottischen Bischofskonferenz hat Kardinal Keith O'Brien offensichtlich einen Bericht zu Missbrauchsfällen in der Kirche verhindert. Die Schottische Bischofskonferenz hatte 2011 entschieden, eine Untersuchung entsprechender Vorwürfe für den Zeitraum von 1952 bis 2012 durchzuführen. Kurz nach dem Start des Projekts, an dem alle acht schottischen Diözesen beteiligt waren, entzog O'Brien als Vorsitzender seine Unterstützung. Dies wurde erst jetzt durch einen Brief bekannt, den der frühere Erzbischof von Glasgow, Mario Conti, nun an das katholische Wochenmagazin *The Tablet* schrieb. Damit sei keine „landesweite Untersuchung“ mehr möglich gewesen, zitiert *BBC* aus dem Schreiben. O'Brien war im Februar nach Vorwürfen persönlichen sexuellen Fehlverhaltens von seinem Amt als Erzbischof von Saint Andrews und Edinburgh zurückgetreten. (*BBC*, 23.8.13; *The Tablet*, 22.8.13)

Anm. MIZ-Red.: Dieser Vorgang verdeutlicht exemplarisch, dass der ganze Umfang des jahrzehntelangen Missbrauchsskandals entgegen den Beteuerungen katholischer Repräsentanten noch lange nicht vollständig aufgedeckt ist.

Irland

I (4430) **Meath**. In einer der größten Diözesen Irlands sollen weltliche Lieder, Gedichte und Texte aus katholischen Beerdigungszeremonien verbannt werden. Bischof Michael Smith von Meath verurteilte eine „Verdummung“ von Trauergottesdiensten. Lieder „ohne christlichen Inhalt“ hätten keinen Platz in der Begräbnisliturgie; Trauerpredigten sollten nur aus dem offiziellen liturgischen Buch biblischer Lesungen und Predigten ausgewählt werden, so Smith. Auch ein zunehmendes Auftreten professioneller „Bestattungsplaner“ kritisierte der Bischof. Priester sollten für die Trauerfeiern nur direkten Kontakt mit Familienmitgliedern haben. Hintergrund dieser Panikreaktion ist der Umstand, dass auch in Irland immer mehr Trauerfeiern ohne Priester und Kirche stattfinden. (*Irish Independent*, 12.8.13)
Anm. MIZ-Red.: Weltliche Bestattungs- und Traueritten als „Verdummung“ zu bezeichnen ist allerdings nicht nur intolerant, sondern zeugt von Selbstgefälligkeit und Mangel an kritischem Bewusstsein. Viele Menschen, die modernere Formen der Trauerkultur wünschen, sind Christen, denen aber die veralteten kirchlichen Texte und Formen nur noch peinlich sind. In Deutschland wird inzwischen fast jeder fünfte Protestant und jeder neunte Katholik nicht mehr kirchlich bestattet – mit steigender weltlicher Tendenz.

Litauen

I (4431) **Wilna**. Der einzige katholisch geprägte baltische Staat, das an Polen angrenzende Litauen, hat einen Schritt zurück gemacht. Das Parlament beschloss mit 46 zu 19 Stimmen bei 25 (!) Enthaltungen, Abtreibungen künftig fast völlig zu verbieten. Nur bei Gefahr für die Gesundheit oder das Leben der Mutter soll auch künftig ein Schwangerschaftsabbruch erlaubt sein. (Informationsbrief 281 der Bekenntnisbewegung *Kein anderes Evangelium*, Oktober 2013)
Anm. MIZ-Red.: Hier zeigt sich exemplarisch, wie weit die baltischen Staaten weltanschaulich auseinanderliegen. In Litauen gehören 80 Prozent der Bevölkerung der katholischen Kirche an, doch lehnt inzwischen eine breite Mehrheit deren Einmischung in die Politik ab. In Lettland gehören nur etwa 40 Prozent einer Religionsgemeinschaft an; relativ am stärksten sind die russisch-orthodoxe sowie die evangelisch-lutherische Kirche (20 bzw. 10 %, davon aber nur ein kleiner Teil praktizierend). Estland ist neben Tschechien und Ostdeutschland die am stärksten religionsfreie Region Europas: 70 Prozent der Einwohner sind konfessionslos, weitere 20 gehören nur noch auf dem Papier (z.B. durch Säuglingstaufe) einer Kirche an.

Polen

I (4432) **Lublin**. In Polen können Strafgefangene künftig an der Katholischen Universität Lublin Sozialarbeit und Informatik studieren. Die nach Papst Johannes Paul II. benannte Hochschule möchte nach eigenen Angaben mit dem Modellprojekt die Resozialisierung von straffällig gewordenen Menschen unterstützen, die Kosten trägt allerdings der Staat. Um einen Studienplatz können sich Strafgefangene aus ganz Polen bewerben – vorausgesetzt, sie sind katholisch. (*kipa*, 9.8.13)

I (4433) **Koszalin**. In Polen will erstmals ein Missbrauchsoffer ein Bistum auf Schadenersatz verklagen. Marcin K. (26), der 2001 von einem Priester sexuell missbraucht wurde, reagierte damit auf das Scheitern eines Schlichtungsversuchs vor einem Gericht in Koszalin (Köslin). Das Bistum Koszalin-Kolobrzeg (Köslin-Kolberg) habe ebenso wie der Täter die Zahlung von Schadenersatz und eine Entschuldigung in der Presse abgelehnt. Der Täter, ein Gemeindepfarrer, war im Dezember 2012 wegen 15-fachen Missbrauchs von K. und einmaligen Missbrauchs eines weiteren Jungen rechtskräftig zu zwei Jahren Haft verurteilt worden. Der 26 Jahre alte Student fordert von dem Bistum im Nordwesten Polens und dem Täter jeweils umgerechnet knapp 24.000 Euro. Der Anwalt des Bistums meinte, Schadenersatzforderungen könnten nur an den Täter und nicht an die Diözese oder die Pfarrei gerichtet werden. Für Forderungen an die Kirche gebe es weder eine "rechtliche Grundlage" noch habe K. Beweise für eine Mitverantwortung der Kirche vorgelegt. (*BR-Kirchenfunk*, 4.10.13)

Schweiz

I (4434) **Bürglen**. Das Verbot von Kopftüchern an Schulen in der Gemeinde Bürglen im Kanton Thurgau ist nicht zulässig. Das hat das schweizerische Bundesgericht entschieden. In Wil im Kanton St. Gallen wurde in den vergangenen Jahren ein eigener Umgang mit dem Thema gefunden: Das Kopftuch ist erlaubt, aber nur, wenn auch die muslimischen Gebete verrichtet werden. Wie die Schweizer Katholische Presseagentur am Freitag mitteilte, sollte mit dieser Praxis verhindert werden, dass die Religionsfreiheit in Anspruch genommen wird, um patriarchalische Traditionen aufrecht zu erhalten. Zugleich sollten sich aber alle auf die Religionsfreiheit berufen können, denen es ernst damit ist. (*kipa*, 10.8.13)

I (4435) **Zürich**. In den Kantonen Graubünden, Zürich und Nidwalden steht die Abstimmung über die Kirchensteuern für juristische Personen bevor. Zuletzt ist die Initiative „Schluss mit Kirchensteuern für Unternehmen“ im katholischen Kanton Nidwalden im Juli mit 520 Unterschriften zustande gekommen. Das Internetportal *kath.ch* erinnerte an die Haltung des Bischofs von Chur, Vitus Huonder. Dieser erklärte im Mai 2012, dass es sich bei den Steuergeldern juristischer Personen nicht um Gelder der Gläubigen handle, sondern um solche der Wirtschaft. Es gehe also um eine politische Frage. Darum verzichte er zu den Volksinitiativen wertend Stellung zu nehmen. (*kath.ch*, 17.8.13)

Weniger redlich zeigten sich allerdings andere Kirchenvertreter. Die Bündner Landeskirchen begrüßten die ablehnende Haltung der Kantonsregierung zur Kirchensteuer-Initiative. Bei einer gemeinsamen Medienkonferenz der evangelisch-reformierten und der römisch-katholischen Landeskirche äußerten sich beide Seiten erfreut, „dass sich die Regierung offensichtlich der historischen, bewährten, aber sensiblen Partnerschaft von Kirche und Staat in Graubünden bewusst ist und diese nicht aufs Spiel setzen möchte“. Da allerdings Bischof Huonder diese nicht gefährdet sieht, geht es den Kirchen anscheinend doch eher ums Geld. (*kipa*, 22.8.13)

Slowenien

I (4436) **Maribor**. Nach dem Finanzskandal des slowenischen Erzbistums Maribor, welches durch massive Fehlspekulationen über 800 Millionen Euro Schulden angehäuft hat, entließ der Vatikan diese Woche die beiden slowenischen Erzbischöfe Anton Stres und Marjan Turnsek.

Durch die Rückgabe bzw. die Erstattung des Kirchenbesitzes, der in der kommunistischen Ära verstaatlicht worden war, verfügten die slowenischen

Kirchenführer auf einen Schlag über ein großes Kapital. Unter den Tarnnamen "Glocke 1", "Glocke 2" und "Wirtschaftswachstum" gründeten sie gigantische Kirchenholdings. Mit einem riesigen Kapital von den Bistümern, Kleinaktionären und Investoren, investierten die Holdinggesellschaften in den letzten zwei Jahrzehnten in nahezu alle slowenischen Wirtschaftszweige. In der Baubranche waren die kirchlichen Holdings ebenso aktiv wie im Verlagswesen oder dem Finanzmarkt. Mit den Millioneninvestitionen wollten die Kirchenoberhäupter für die slowenische Kirche ein Wirtschaftsimperium aufbauen, angeblich um die pastorale Arbeit zu finanzieren. Kritiker vermuten allerdings, dass sie die Wirtschaft und damit letztlich das Personalwesen des Landes total kontrollieren wollten.

Als die Holdings im Rahmen der Wirtschaftskrise pleite gingen, geriet unter anderen das Erzbistum Maribor in eine akute Finanzkrise. 2010 wurde das Ausmaß der finanziellen Folgen erstmals öffentlich. Die Schulden des Erzbistums belaufen sich derzeit auf über 800 Millionen Euro, insgesamt werden aber bis zu 1,7 Milliarden vermutet. Opfer sind auch die staatliche NLB-Bank, für deren Verluste die Allgemeinheit aufkommen muss, und 70.000 Kleinaktionäre. Als Folge der Fehlinvestitionen zwang der Vatikan jetzt die beiden Erzbischöfe zu einer offiziellen Rücktrittserklärung. (*Deutsche Welle*, 1.8.13; *ORF*, 1.8.13)

Der Finanzskandal steht nun auch vor der strafrechtlichen Aufarbeitung – aber nur teilweise. Ende August musste sich der ehemalige Ökonom der Erzdiözese Maribor vor einem Gericht in Celje verantworten. Er wies dabei den Vorwurf der Dokumentenfälschung im Zuge der Renovierung des diözesaneigenen Schlosses Betnava zurück. Er wird auch beschuldigt, mehrere untergeordnete Mitarbeiter, die bereits ihre Mitschuld einbekannt hatten und verurteilt wurden, zu den Straftaten verleitet zu haben. So sollen die Baudokumentation und mehrere Rechnungen gefälscht worden sein, um vom Wirtschaftsministerium 1,7 Millionen Euro aus EU-Mitteln zu bekommen. Die hauptverantwortlichen Kirchenfürsten wurden bisher jedoch nicht angeklagt. (*kathpress*, 24.8.13)

Aber sie sind ohnehin erledigt. Die Fehlinvestitionen haben das moralische Ansehen der katholischen Kirche in Slowenien tief erschüttert. Die slowenische Zeitung *Delo* sprach Ende Juli von einem "moralischen Zusammenbruch der Kirche von historischer Dimension". Eine Institution, die den geistlichen Wert von Armut und soziale Verantwortung predigt und gleichzeitig selbst Millionenbeträge auf dem Finanzmarkt verspielt, ist unglaubwürdig.

Um das Ausmaß der Misswirtschaft zu erfassen, setzte der Vatikan eine Untersuchungskommission ein, deren Abschlussbericht allerdings bis heute geheim gehalten wird. Das päpstliche Versprechen von „Transparenz und Ehrlichkeit“ hat eben auch seine Grenzen... (*kath.de*, 9.8.13)

Tschechien

I (4437) **Prag**. Die linke Partei KSCM will nach den anstehenden Neuwahlen ein Referendum über die Rückgabe verstaatlichter Kirchengüter erreichen. Ihr Vorsitzender Filip begründete das Vorhaben damit, dass 80 Prozent der Tschechen nicht einverstanden mit der bestehenden Regelung seien, weil diese die Kirchen bevorteile. Das Gesetz zur Restitution des von den Kommunisten verstaatlichten Eigentums der Kirchen war 2012 nach jahrelangem Ringen vom Parlament verabschiedet worden. Die Kirchen und Religionsgemeinschaften sollen danach über die Hälfte ihres früheren Besitzes zurückerhalten, ohne dass jemals geklärt werden sollte, wie die Kirchen einst überhaupt in den Besitz solcher Güter kamen und ob sie rechtmäßige Eigentümer sind. Für den Rest soll es eine großzügige finanzielle Entschädigung geben. (*KNA*, 23.8.13)

Vatikan

I (4438) **Vatikanstadt.** Der emeritierte Papst Benedikt XVI. hat in persönlichen Gesprächen erstmals Hintergründe über seinen Amtsverzicht vor sechs Monaten dargelegt. „Gott hat es mir gesagt“, zitierte die spanischsprachige Ausgabe des Nachrichtendienstes *Zenit* einen namentlich nicht genannten Besucher Benedikts. Der zurückgetretene Papst lebt im Kloster „Mater Ecclesiae“ in den vatikanischen Gärten, empfängt nur sporadisch Gäste und hat bei diesen seltenen Gelegenheiten bisher jegliches Statement nach außen gemieden. Es habe sich bei dieser Eingebung nicht um eine Erscheinung oder ein ähnliches Phänomen gehandelt, so die anonyme Quelle über Aussagen Benedikts weiter. Vielmehr sei es „eine mystische Erfahrung“ gewesen, in der Gott ihm „im Herzen einen absoluten Wunsch“ habe entstehen lassen, mit ihm allein im Gebet zu verbleiben. (*zenit*, 21.8.13)
Anm. MIZ-Red.: Allein die Kolumne in der gewiss nicht kirchenfernen *Welt* vom 22.8.13 zeigt, dass sich dieser Ex-Papst mit solchen Erklärungen sogar schon in konservativen Kreisen lächerlich macht:

Benedikt XVI. hat jetzt erzählt, dass er in Rente gegangen ist, weil Gott ihm dazu geraten hatte. Es war offensichtlich ein sehr interessantes Gespräch unter vier Augen.

Ex-Papst Benedikt XVI. hat seinen Job auf ausdrücklichen Befehl von Gott gekündigt. Es ist das erste Mal seit Tausenden von Jahren, dass Gott sich wieder direkt um irdische Angelegenheiten kümmert. Unter vier Augen redete Gott wohl zum letzten Mal mit Moses, und das ist sehr lange her. Jetzt hat der Herr zu Joseph Ratzinger gesprochen, aber wir wissen nicht genau, was er gesagt hat. Die verschiedensten Variationen sind denkbar, etwa: "Wahrlich, ich sage dir, du solltest kündigen" oder: "Lass es bleiben" oder auch: "Schluss jetzt, Joseph!". Auf keinen Fall sagte Gott: "Have a break, have a Kitkat", weil Gott nicht Englisch spricht, sondern nur Hebräisch, Lateinisch oder, seit Luther, Deutsch. Also hat er mit Ratzinger auf Deutsch Tacheles geredet. Und wir nehmen mal an, dass Benedikt XVI. dabei nicht auf einen begabten Bauchredner unter seinen Kardinälen reingefallen ist oder auf einen Scherz mit der versteckten Kamera. Wie aber geht es weiter, wem gibt Gott als Nächstem Karrieretipps? Mit Peer Steinbrück spricht er sicher nicht, der hört am 22. September sowieso auf.

I (4439) **Vatikanstadt.** Der neue Papst hat sich eindeutig gegen Frauen im Priesteramt ausgesprochen. „Diese Tür ist geschlossen.“ Er garnierte diese klare Aussage aber mit ebenso wohlklingenden wie selbstverständlichen Sätzen. Frauen dürften aber nicht auf ihre Rolle als Mutter reduziert werden und es sei eine „profunde Theologie der Frau“ zu entwickeln. (Informationsbrief 281 der Bekenntnisbewegung *Kein anderes Evangelium*, Oktober 2013)
Anm. MIZ-Red.: Diese eindeutige Aussage begünstigt eine Annäherung oder sogar eine Wiedervereinigung mit konservativen Anglikanern und einem Teil der Evangelikalen, schließt aber eine Einigung mit liberaleren evangelischen Kirchen definitiv aus.

I (4440) **Vatikanstadt.** Erstmals in ihrer Geschichte veröffentlichte die Vatikanbank ihre Jahresbilanz. Das 100 Seiten starke Dokument weist für 2012 eine Vervielfachung des Gewinns auf 86,6 Millionen Euro im aus. "Ein erfolgreiches Jahr für den IOR und für unsere Kunden", freute sich der deutsche Vorstandsvorsitzende von Freyberg. Allerdings bedauerte er, der Gewinn werde im laufenden Jahr zurückgehen - wegen der Trennung von zahlreichen dubiosen Kunden. Diese Bemerkung wurde von Experten als Eingeständnis gedeutet, dass IOR von ebendiesem Kundenkreis auch massiv profitiert hat.

Im Vorwort der Bilanz stand noch der Satz "Das IOR akzeptiert keine Individuen ohne Anbindung an den Heiligen Stuhl als Kunden". Auf Nachfrage musste Freyberg aber einräumen, dass neben etwa 20 weiteren diplomatischen Vertretungen auch die Botschaften der nicht übermäßig katholischen Staaten Iran, Irak und Indonesien Konten bei der Vatikanbank unterhalten. Deren Vertreter hatten in der Vergangenheit mit Einzahlungen oder Abhebungen von bis zu 500.000 Euro auf einen Schlag (laut "Corriere della Sera") die Anti-Geldwäsche-Kontrolleure auf den Plan gerufen. Nun sollen diese Konten aufgelöst werden, weil vermutet wird, mit diesen Geldern könnten Terroristen finanziert werden.

"Unfassbar. Da hebt ein Vertreter eines Schurkenstaates eine halbe Million Euro in bar ab und niemand wundert sich", bemerkte der Autor des vatikankritischen Buches *Paradies IOR*, Maurizio Turco. "Wenn das in Luxemburg passiert wäre, hätte es einen Skandal gegeben. Aber im Vatikan läuft das anders. Niemand geht zur Staatsanwaltschaft, niemand erstattet Anzeige." Turco, auch Europaabgeordneter der Demokratischen Partei, fordert daher: "Das Institut für die religiösen Werke muss sofort geschlossen werden". Die neue Transparenzoffensive sei Augenwischerei. "Warum muss eine religiöse Gemeinschaft überhaupt eine eigene Bank haben?" Hinzu kam der Fall des Monsignore Nunzio Scarano: Der ehemalige Rechnungsprüfer der vatikanischen Güterverwaltung (Spitzname: "Monsignor 500", weil er angeblich immer 500-Euro-Noten dabei hatte und einen luxuriösen Lebensstil führte) hatte laut Staatsanwaltschaft zusammen mit einem Ex-Geheimdienstmitarbeiter und einem Banker versucht, 20 Millionen Euro in bar aus der Schweiz nach Italien zu schmuggeln. Gegen Scarano wird außerdem wegen Geldwäsche über sein eigenes IOR-Konto ermittelt. Sein Vermögen wurde inzwischen eingefroren, am 3. Dezember soll der Prozess gegen ihn beginnen. (*spiegel online*, 1.10.13; *Corriere della Sera*, 1.10.13; vgl. auch die folgende Meldung der MIZ)

I (4441) **Vatikanstadt**. Mehr als tausend Privatkunden – mutmaßlich hochrangige katholische Laien – horteten über viele Jahre hinweg mehr als 300 Millionen Euro bei der Vatikanbank, obwohl sie dort gar kein Konto unterhalten durften. Vatikanbank-Insider gehen davon aus, dass es sich dabei "zum allergrößten Teil" um Schwarzgeld handelt. Dies stellten Prüfer in einem ersten Zwischenbericht fest.

Laut Satzung steht das *Istituto per le Opere di Religione (IOR)* nur einem ganz kleinen Kundenkreis offen: katholischen Geistlichen, Angestellten und Pensionären des Vatikans (die auch jetzt noch ganz „vatikan-legal“ die Ertragssteuern ihrer Heimatländer hinterziehen dürfen!) sowie katholischen Organisationen.

Als Kontoinhaber bei der Vatikanbank profitierten diese Personen über Jahre von mehreren Besonderheiten im Vatikan: Zum einen gibt es dort keinerlei Steuern, die sie auf ihr Vermögen oder ihre Zinseinkünfte hätten abführen müssen. Zum anderen ist Geldwäsche im Vatikan überhaupt erst seit dem Jahr 2011 verboten. Bis zuletzt gab sich die Vatikanbank zudem äußerst schmallippig, wenn weltliche Strafverfolgungsbehörden um Auskunft baten – ganz im Stil eines Offshore-Paradieses wie den Cayman Islands.

Umfangreiche interne Prüfungen fanden demnach bereits durch eine große Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und eine internationale Anwaltskanzlei statt. Aktuell durchkämmen etwa 20 Experten des US-Beratungsunternehmens *Promontory Group* alle rund 30.000 Konten auf der Suche nach Unregelmäßigkeiten. Besonders im Fokus der Prüfer stehen Bewegungen, die auf Geldwäsche hindeuten.

Grund für die Aufräumaktion sind die Skandale, die die Vatikanbank seit Jahren produziert und die dem Ansehen der katholischen Kirche schaden. So sollen schon seit mindestens 1970 Gelder der sizilianischen Mafia gewaschen, der italienische

Aktienmarkt manipuliert und illegale Transaktionen in Milliardenhöhe durchgeführt worden sein. Eine zentrale Rolle spielte die Vatikanbank auch 1982 beim Zusammenbruch der Mailänder Banco Ambrosiano, dem bis dahin größten Banken-Crash in der Geschichte Italiens. Deren Präsident Roberto Calvi wurde kurz darauf erhängt unter einer Londoner Brücke gefunden - ermordet, wie sich herausstellte. (Dringend verdächtig waren damals zwei Killer, die von einem Kleriker aus dem Vatikan bezahlt wurden.) In den neunziger Jahren wuschen italienische Wirtschaftsmagnaten Millionen an Schmiergeld für Politiker über den Ableger der katholischen Kirche. Dabei spielten auch immer wieder die Konten von Laien bei der Vatikanbank eine Rolle.

Auch Ettore Gotti Tedeschi, der 2012 von den Kirchenoberen rüde entlassene Vorgänger von Freyberg, nahm diese Konten bereits als Risiko wahr. Zwei Monate vor seinem Rauswurf übermittelte er seiner Sekretärin ein vertrauliches Dossier: Für den Fall, dass ihm etwas zustoße, sollte sie das Dokument an vier ausgesuchte Personen weiterleiten. In dem Dossier schreibt Gotti Tedeschi, leitende Angestellte der Vatikanbank hätten ihm gesagt, er werde "als derjenige in die Geschichte eingehen, der das *IOR* zerstört hat". Kunden, die laut Satzung kein Konto bei der Vatikanbank unterhalten dürften, könnten "einer der Gründe für die Schwierigkeiten sein, denen wir ausgesetzt sind".

Die neue Bankführung um Freyberg kündigte nun den illegitimen Laienkunden die Konten – allerdings nicht ganz freiwillig, sondern auf Druck der Weltbank und deren Expertenkommission *Moneyval*.

Was künftig aus *IOR* werden soll, ist weiter unklar. Im Juli hatte Papst Franziskus gesagt, er wisse es selbst noch nicht und "Ehrlichkeit und Transparenz" von der Bank eingefordert. "Manche sagen, es ist besser, dass sie eine Bank ist, manche sagen, sie solle ein Hilfsfonds werden, andere sagen, sie sollte geschlossen werden", skizzierte der Pontifex damals seine Optionen. (*spiegel online*, 6.10.13; siehe auch die Meldungen 4409 und 4411 in der letzten *MIZ*)

Nordamerika

Vereinigte Staaten

I (4442) **New York**. In einer Blitzkarriere stieg Baba Brinkman zum populärsten, aber auch gefürchtetsten Rapper der USA auf. Aus seiner Vorliebe für Charles Darwin und den schwarzen Hip-Hop kreierte der studierte kanadische Biologe den Atheistenrap. Die Wochenzeitung *Die Zeit* leitete eine ganzseitige Reportage über Brinkman so ein:

„Alle erfolgreichen Rapper sind böse, aber dieser Rapper ist böser. Baba Brinkman ist kein Apostel des großen Geldes und des schnellen Sex, sondern provoziert das bibeltreue Amerika mit Atheismus. Sein Lieblingsthema ist Darwin, seine Show heißt *Rap Guide to Evolution* und erklärt den evangelikalen, dass es auch ohne Gott geht. Da ist er furchtloser als die Rapstars Rick Ross, Lil Wayne und 50 Cent, die zwar gern blasphemische Sprüche machen, aber doch religiös sind. ... Brinkman macht ironischen Evolutionsrap und lässt die Alphatiere des Genres fromm aussehen.“ (*Die Zeit*, 14.8.13, S. 56)

Lateinamerika

Chile

I (4443) **Santiago**. Die katholische Kirche stellt sich in Chile mit seltener Eindeutigkeit auf die Seite der Wohlhabenden. Der Präsident der katholischen Chilenischen Bischofskonferenz, Alejandro Karmelic, forderte in einer Ansprache, chilenische Unternehmer müssten stärker an den erwirtschafteten Gewinnen beteiligt werden. Warum er sich in solchen Fragen überhaupt positioniert, die ja mit Kirche und Religion nichts zu tun haben, teilte er nicht mit. (KNA, 22.8.13)

Dominikanische Republik

I (4444) **Santo Domingo**. Erst mit deutlicher Verzögerung hat der Vatikan die Abberufung seines Nuntius aus dem mittelamerikanischen Staat bekannt gegeben und den Grund dafür verheimlicht: Gegen den Diplomaten wurden massive Vorwürfe des sexuellen Missbrauchs erhoben. Das *Netzwerk der Überlebenden von Missbrauch durch Priester* (SNAP) warf Papst Franziskus deshalb vor, ebenso wie seine Vorgänger „geheim und rücksichtslos“ vorzugehen. Der Heilige Stuhl teilte bisher auch nicht mit, welche Massnahmen oder Untersuchungen er gegen Jozef Wesolowski einzuleiten gedenkt.

Die Vorsitzende der US-Opferorganisation, Barbara Dorris, stellte dazu einen zweiten Fall vor, in dem der irische Priester John O'Reilly vom Orden der *Legionäre Christi* in Chile ertappt und unter Hausarrest gestellt wurde. „Die Verantwortlichen in der Katholischen Kirche handeln nur, wenn sie durch medialen Druck dazu gezwungen werden.“ (Agence France Presse, 6.9.13)

Afrika

Ägypten

I (4445) **Kairo**. Allein in den vergangenen zwei Jahren wurden mehr als 500 christliche Koptinnen gekidnappt und zur Heirat mit Muslimen gezwungen. Als Hauptmotiv wird die Rache für den Machtverlust der Islamisten angenommen. Allerdings setzte sich die Serie der Entführungen junger Nichtmuslimas auch nach der Entmachtung der Muslimbrüder fort, weil auch das jetzige Militärregime kein Interesse an Religionsfreiheit oder der Duldung weltanschaulicher Minderheiten hat. (Informationsbrief 281 der Bekenntnisbewegung *Kein anderes Evangelium*, Oktober 2013)

Asien

Afghanistan

I (4446) **Kabul**. Ein Mitglied des afghanischen Parlaments fordert die Hinrichtung von islamischen „Gläubigen“, die sich zu einer anderen Religion oder zum Atheismus bekehren. Damit solle auf der Grundlage der Scharia verhindert werden, dass die Zahl der afghanischen Bürger, die sich innerhalb und außerhalb des Landes vom Islam abwenden, weiter zunimmt. Der muslimische Abgeordnete Nazir Ahmad Hanafi hatte diese Forderung vorgetragen, nachdem die afghanische Presse einen Bericht über einen Anstieg der Zahl von Christen, aber auch Nicht- und Andersglaubenden in Afghanistan veröffentlicht hatte. (Fides [christlicher Informationsdienst für Asien], 9.9.13)

Burma (Myanmar)

I (4447) **Akyab**. Sechs buddhistische Männer sind vor Gericht angeklagt, weil sie zehn muslimische Rohingya (eine ethnische Gruppe, die dem Islam zuneigt) im Juni 2012 bei einem Anschlag auf einen Bus ermordet hatten. Mehr als 200 Menschen starben insgesamt bei gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Buddhisten und Muslimen nach der Busattacke am 3. Juni 2012 im Bundesstaat Arakan im Nordwesten Burmas. Die meisten waren Muslime, die nur etwa fünf Prozent der Bevölkerung Burmas ausmachen und immer wieder von militanten Buddhisten attackiert werden. (*Agence France Presse*, 17.8.13)

Malaysia

I (4448) **Kuala Lumpur**. Ein nationaler TV-Sender hat eine Dokumentation über Papst Franziskus mit einem Warnhinweis für Muslime ausgestrahlt. Die Sendung „Der Papst vom Ende der Welt“ war mit dem Hinweis untertitelt: „In dieser Sendung werden religiöse Figuren abgebildet und Ansichten präsentiert, die nicht muslimisch sind.“ Der Generalsekretär des Malaysischen Kirchenrates zeigte sich empört. Gegenüber dem Onlinemagazin *Malaysiainsider* sagte er, der Vorgang belege, „wie polarisiert wir in Sachen der Religion bereits sind“. Nach Angaben malaysischer Medien verteidigte dagegen der Medien- und Kommunikationsberater den Warnhinweis. Der Sender „Astro“ habe sicherstellen wollen, dass das Programm nicht religiöse Gefühle von Zuschauern verletze. Die muslimischen Mehrheit Malaysias zeigte sich in der Vergangenheit äußerst empfindlich gegenüber nichtmuslimischen Inhalten. (*KNA*, 15.8.13)

Sri Lanka

I (4449) **Colombo**. Eine Moschee, die von radikalen Buddhisten angegriffen wurde, wird nicht mehr geöffnet. Das bestätigten am Montag offizielle Stellen in Colombo. Nach einem Treffen zwischen buddhistischen, islamischen Führern und Regierungsvertretern am Montag wurde entschieden, für die islamische Gemeinde ein anderes Gebäude in der Hauptstadt zu suchen. Eine aufgebrachte, von buddhistischen Mönchen angeführte Menge hatte die Moschee und Gläubige, die das Fest des Fastenbrechens feiern wollten, ohne erkennbaren Grund mit Steinen beworfen. In Sri Lanka sind rund 70 Prozent der Bevölkerung Buddhisten, zwölf Prozent Hindus und knapp zehn Prozent Muslime. (*asianews*, 13.8.13)

Anm. *MIZ-Red.*: Dieses Beispiel zeigt, ebenso wie vergleichbare antiislamische Ausschreitungen in Myanmar/Burma, dass man sich hinsichtlich der Religionen vor Klischees hüten sollte. Gemeinhin gilt der Buddhismus als tolerant, weil er einen Alleinvertretungsanspruch auf Wahrheit verneint und keinen persönlichen Gott kennt, der (angeblich) die Menschen anweist, was sie zu tun haben. Aber in Wirklichkeit gibt es in allen Religionen Fanatiker, die abweichendes Denken nicht ertragen können. Entscheidend ist meist, wie tolerant eine Mehrheit mit Minderheiten umgeht – nicht nur im religiösen Bereich.